

Stimme der Freiheit

Mitteilungen für Mitglieder und Freunde der
Freien Bürger Union

Nr. 2/15

Mai 2015

17. Jahrgang



Auf ein Wort des Bundesvorsitzenden Walter Pfeleiderer: „Das intellektuelle Potential der FBU übersteigt das selbst wesentlich größerer Parteien bei weitem, wie die Aufklärungsarbeit unseres Landesverbandes Saar beweist.“

Auf ein Wort unseres saarländischen Landesvorsitzenden Reinhold Rupp: „Mit unseren geradezu unermüdlichen Redakteuren der *Stimme der Freiheit* ist der FBU Saar ein Meisterwerk gelungen, um allen von Medien und Propagandapresse unter Vorspiegelung von falschen Tatsachen verblendeten Mitbürgern die Augen zu öffnen, das Märchen:

Vom Auszug der Ausländer!

Aber lassen Sie mich noch kurz ein weiteres Thema anschneiden. Der SPD-Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky, ist zum 31.03.2015 aus gesundheitlichen Gründen aus seinem Amt ausgeschieden. Oft haben wir ihn in der *Stimme der Freiheit* zitiert. Er ist ein lupenreiner Demokrat, der aus seiner Meinung nie ein Hehl gemacht hat. Obwohl er in der SPD ist, ist er keiner Ideologie verhaftet, sondern ein leuchtendes Vorbild für jede demokratische Gesellschaft.

Seit Jahren wurde er wegen seines beherzten Auftretens, seiner Geradlinigkeit und aufgrund seiner geradezu schon hellsichtigen Gedanken von Volksverhetzern und Politdemagogen bekämpft, aufs Schärfste von seiner eigenen Partei, der SPD. Besonders nach seinem Bestseller „Neukölln ist überall“ nahm die Hetze aus den Reihen seiner Partei und aus den Reihen der Rotfaschisten (der Antifa) geifernde Züge an. Er mußte erleiden, was ein Sprichwort so salopp formuliert: „Freund, Feind, Parteilfreund“. Er hätte schon längst in Pension gehen können. Doch mit aller Kraft wirkte und kämpfte er für seine Bürger in Neukölln.

Bedauerlich, daß diesem aufrechten Staatsmann höhere Ämter in der Politik verwehrt blieben. Wir sprechen ihm unsere Hochachtung aus und wünschen uns, daß seine mahnende und warnende Stimme noch lange nicht erlöschen möge.“

Teures Wohnen

Immer mehr Wohnraum wird benötigt für die Millionen Wirtschaftsflüchtlinge. Und eine wahre Regelungsflut von Vorschriften erstickt jegliches Bauinteresse: 4.200 Regelwerke, Gesetze und technische Vorschriften machen hierzulande das Bauen unrentabel und treiben die Neubaupreise in die Höhe, von 2003 bis 2013 um 27 Prozent!

Hinzu kommt die unsinnige Ideologie des Dämmens, von den Grünen ins Absurde gesteigert. Neue Bürobauten werden durch die Energieeinsparverordnung (EnEV) so gedämmt, daß sie im Winter nur durch die Körperwärme der Beschäftigten so überheizt sind, daß sie unter hohem Energieverbrauch wieder heruntergekühlt werden müssen. Einfamilienhäuser verteuern sich durch die EnEV um 300 Euro der Quadratmeter, von den Gefahren der Schimmelbildung durch Überdämmung ganz abgesehen. Unter diesen Umständen ist es unrentabel, Wohnraum zu bauen, da die Mieter die Mehrkosten nicht mehr bezahlen können.

Beispiel Hamburg: Von 2012 bis 2014 suchten Rentner bezahlbare Unterkünfte. Fehlanzeige. Ende 2014 taten sie sich zusammen und besetzten im Stadtteil Ottensen ein leerstehendes Gebäude. Im Stadtteil Eimsbüttel hat eine junge Studentin an den Häuserwänden ihr Wohnungsgesuch ausgehängt mit dem Text: „Schreib, wenn du was weißt“ und verbittert hinzugefügt:

„Mit wem muß man hier eigentlich schlafen, um eine Wohnung zu bekommen?“

Mit Toleranz, Kopftüchern und Muezzin-Ruf in den Islamismus

Die FBU fordert die Einstellung der Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU. Die Türkei finanziert den IS, indem sie dem selbsternannten islamischen Staat das geraubte Öl abkauft. Zudem hat der türkische Präsident Erdogan (bekannt für seinen Spruch: „Die Spitzen der Minarette sind unsere Bajonette“) seine Verachtung für die abendländischen Werte bekräftigt: „Demokratie ist eine Straßenbahn. Wenn wir am Ziel sind, steigen wir aus.“ Aus Kairo verläutet, daß Erdogan der Muslimbruderschaft eine Million Dollar gezahlt habe, damit sie die Ägyptische Bibliothek vernichte. Die Bibliothek mit jahrtausendealten Schriften wurde niedergebrannt. Hintergrund ist, daß durch diese Tat die Beweise für den Völkermord der Türkei an 1,5 Millionen Armeniern in 1915 vernichtet werden sollten. Für diesen Völkermord waren übrigens die Deutschen nicht verantwortlich, auch wenn man sich hierzulande nur zu gerne wieder im Schmutz suhlt.

Nein, **Glaubenskrieger und Diktatoren wie Erdogan** brauchen wir in der EU nicht! Und auch keine Brandstifter! Nach dem Gesetz von Nordrhein-Westfalen über den besonderen Schutz nur für die Religion des Islam bedeutet das Kopftuch-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes abermals ein Einknicken des Staates. Künftig dürfen Lehrerinnen im Unterricht Kopftücher tragen. Ein Urteil von großer Tragweite, denn das Tragen des Kopftuchs hat nichts mit Religionsfreiheit zu tun. Das Kopftuch steht für eine archaische, für eine reaktionäre politische Gesinnung. Es steht für den Anspruch auf islamische Vorherrschaft und gegen europäische Werte.

Schon in 1982 warnte die wissenschaftliche Zeitschrift *Ausländerkinder der Pädagogischen Hochschule Freiburg* unter der Überschrift *Kampf den Kopftüchern*, „daß auch in der Bundesrepublik das Tragen eines Kopftuchs durch Türkinnen verstärkt auf eine Verbindung zu rechtsradikalen Gruppen schließen läßt, die auf diese Weise ihre ‚Zeichen‘ ungehindert verbreiten können. Solchen Zeichen muß grundsätzlich etwas entgegengestellt werden.“

Was harmlos als „Religionsfreiheit“ daherkommt, ist ein weiterer Schritt auf dem Weg in die Islamisierung. Die Schritte sind immer dieselben: Erst wird das Kopftuch toleriert, dann wird es von allen islamischen Schülerinnen „erwartet“ und schließlich durch Einschüchterung auf dem Schulhof den Mädchen aufgezwungen. Dadurch wird der Graben zwischen muslimischen und nicht muslimischen Schülerinnen weiter vertieft, bis schließlich auch die christlichen Schülerinnen durch Spott, Hänseleien und Beleidigungen zum Tragen des Kopftuches gezwungen werden!

In der ehemals deutschen Stadt Gladbeck ist man schon weiter auf dem Weg zu Unfreiheit und Unterdrückung. Zuerst wurde der Bau einer Moschee erlaubt. Der Bevölkerung wurde es verwehrt, sich dagegen zu wehren. Und kaum stand die Moschee, brach das nächste Unheil über die Bürger herein. Der Stadtrat begrüßte die Einführung des täglichen Muezzin-Rufs. Der Sozialdezernent Rainer Weichelt teilte mit, daß „die Stadt“ stolz auf diese Entscheidung sei, und das sei für Gladbeck „ein sehr guter Tag und ein Stück Zukunft.“ Der nächste Schritt besteht dann im Verbot des Glockengeläuts der Kirchen der Stadt: Und eines nicht mehr fernen Tages ist nur noch der Islam als Religion erlaubt. Deutsche Toleranz bedeutet Selbstaufgabe bis in den Tod!

Wieder treiben verblendete Volksvertreter ihr Volk in den Untergang. Erst die Zukunft wird es weisen, ob der Nationalsozialismus oder der heraufdämmernde Islamismus die schlimmere Wahl waren. Der Prediger *Anjem Choudary* (erhält 30.000 € Sozialhilfe im Jahr) sagte in der Londoner Moschee, was Sache ist: „**Ihr findet Menschen, die arbeiten acht, neun Stunden am Tag ... Und wir lassen uns von Ihnen aushalten... weil es normal und richtig für uns und für euch ist, Geld von den Ungläubigen zu nehmen,... Demokratie, Freiheit, weltliche Staatsführung sind nur Ideen der Ungläubigen, die wir beseitigen müssen.**“

Die Orientalisierung ganzer Stadtviertel ist auch in Deutschland keine Seltenheit mehr. Wenn schon selbst Kurden und Türken bei uns nicht mehr friedlich zusammenleben können, dann werden auf Dauer auch die „ungläubigen“ Deutschen dran glauben müssen. Der Bürgerkrieg auf unseren Straßen ist nur noch eine Frage der Zeit.

Der frühere Großmufti von Marseille, Soheib Bencheick: „**Die Angst vor dem Islam ist vollkommen berechtigt.** Im Namen dieser Religion geschieht derzeit eine ungeheure Barbarei. Wenn die Menschen Angst vor dem Islam haben, so ist das völlig normal. Auch wenn ich kein Muslim wäre, würde ich mich fragen, was das für eine Religion ist, auf die sich Verbrecher berufen.“ Diese Meinung vertritt auch der Bürgermeister von Rotterdam. Hier seine klaren Worte am Abend des Pariser Massenmords vom 07.01.2015, wie wir sie gerne auch von Frau Merkel und Herrn Gauck hören würden: „Wenn ihr die Freiheit nicht wollt, packt um Himmels willen eure Koffer und geht... und bringt keine unschuldigen Journalisten um. Das ist so rückständig, das ist unbegreiflich. Verschwindet, wenn ihr in den Niederlanden mit der Art, wie wir unsere Gesellschaft leben wollen, euren Platz nicht finden könnt... Wenn es euch hier nicht gefällt, wenn euch Karikaturisten nicht passen, die eine Zeitung machen, dann lasst es mich so sagen: **Haut doch ab!**“

Die Bertelsmann-Studie über fehlgesteuerte Einwanderung

Laut einer Gallup-Studie von 2009 wollen 350 Millionen Afrikaner ihren Kontinent verlassen. Statt ihre Länder umzugestalten und Wohlstand zu erarbeiten, wollen sie hier auf unsere Kosten leben. Die Folge: In Deutschland wird es immer voller. Deutschland ist mit der weltweit meisten Aufnahme von Asylbewerbern zum größten Auffanglager der Welt geworden. Laut Statistikamt lebten Ende 2014 8,2 Millionen Ausländer in Deutschland. Wie kann das sein, wo doch nur unter zwei Prozent aller Asylbewerber anerkannt werden und ein vorübergehendes Bleiberecht erhalten? Die kritische Masse an Ausländern, die Deutschland finanziell und kulturell verkräften kann, ist längst überschritten. Dadurch steht auch die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes auf der Kippe. Denn die Zugewanderten verfügen über ein wesentlich niedrigeres Bildungsniveau als die Ausgewanderten. In 2012 kamen 592.000 fast ausschließlich ungebildete Menschen, während 240.000 gut ausgebildete Menschen abwanderten. Deutschland wird immer dümmmer!

Im Jahr 2013 spricht die Migrationsstatistik von einem „Wanderungsgewinn“ von 430.000 Menschen. Es bleibt das Geheimnis der Regierungspropaganda, was an der Zuwanderung von Unterqualifizierten der „Gewinn“ sein soll. Richtiger, weil weniger verlogen, wäre der Begriff „Wanderungsbelastung“.

Kürzlich jammerte eine 1000-Einwohner-Gemeinde im Kanton Zürich in der Schweiz, daß sie jährlich 655.000 Euro für eine eritreische Großfamilie aufwenden müsse. Die Familie muß rund um die Uhr betreut werden, weil diese Menschen weder einkaufen gehen noch ihre Wohnung sauber halten können. Die Gemeinde steht wegen diesem Irrsinn vor dem Bankrott. Liebe Schweiz, so wie bei euch mit dieser Gemeinde sieht es bei uns in Deutschland überall aus! Jammert nicht, laßt lieber weniger Schmarotzer ins Land! Oder macht es wie wir Deutschen: Laßt euch unter Hungerlöhnen bis auf die Knochen ausplündern, gebt alle Sozialleistungen den Einwanderern und sterbt euren Kulturmord gefälligst leise!

Die sogenannte Bertelsmann-Studie wurde von den Lügenmedien erfolgreich für die Volksverblödung eingesetzt. In der Tagesschau am 27.11.14 las man im Hintergrund in großer Schrift: „Ausländer entlasten Sozialstaat“. Doch in Wahrheit zeigt die ohnehin schon ausländerfreundlich angelegte Studie das Gegenteil auf. Sie besagt, daß erst bei einer jährlichen Einwanderung von 200.000 **qualifizierten bis hochqualifizierten** Arbeitskräften ein wirtschaftlicher Vorteil für Deutschland bestünde. Sehen wir uns die Generationenbilanz für zum Beispiel in 2012 geborene Ausländer näher an: Diese erhalten über den gesamten Lebenszyklus rund 44.100 Euro mehr an Leistungen, als sie an Steuern und Beiträgen einzahlen. Dagegen zahlen in 2012 geborene Deutsche im Lebensverlauf durchschnittlich 110.800 Euro mehr an Steuern und Beiträgen ein als sie empfangen. Ausländer zahlen über den gesamten Lebenszyklus 29,2 Prozent weniger Sozialbeiträge als Deutsche. Bei der Einkommensteuer beträgt der Rückstand gar 38,9 Prozent. Die über den Lebenszyklus empfangenen Leistungen sind um 83,4 Prozent höher als bei den Deutschen. Bei den geringqualifizierten Einwanderern ergibt sich sogar ein Defizit von 221.500 Euro pro Kopf (Seite 47 der Studie). Schlussfolgert wird auf Seite 40 der Studie: **„Somit ergibt sich als Diagnose, daß künftige Zuwanderer keine Entlastung, sondern eine Belastung für den öffentlichen Gesamthaushalt darstellen.“ (!!!)**

Bei alledem muß man berücksichtigen, daß die Studie eh schon geschönt wurde. Die etwa 10 Millionen Migranten, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, wurden der deutschen Bevölkerung zugeschlagen, offenbar, weil sonst die Zahlen noch extremer auseinanderklaffen würden.

Schon heute ist ein Sozialhaushalt von jährlich 800 Milliarden Euro zu schultern. Die jährlichen Steuern und Beiträge reichen dazu schon lange nicht mehr aus. Nicht nur Politiker, Banken und Konzerne machen sich den Steuerzahler zur Beute, sondern auch die Sozialbranche aus Kirchen, Gewerkschaften und vor allem aus karitativen Verbänden. Wo Milliarden zur Disposition stehen, verwundert es nicht, dass die unersättliche Sozialindustrie jegliche Pegida-Demonstrationen unterbinden will. Die dicken Gehälter sind in Gefahr! Die Auslagerung vieler sozialer Aufgaben des Staates an private Träger hat zu einer von den Politikern nicht vorhergesehen Kostenexplosion geführt. Unzählige karitative Verbände, die allesamt öffentliche Mittel erhalten, beschäftigen ein Heer von zwei Millionen (!!!) Mitarbeitern. Über Sinn und Nutzen der Verwendung der Mittel brauchen die freien Träger **keine Rechenschaft** abzulegen. Der Steuerbürger erfährt nicht, wie viele der Sozial-, der Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen unnötig und letztlich erfolglos sind. Allein das DRK beschäftigt mehr Menschen als so mancher großer deutscher DAX-Konzern. Bei zwei Millionen Beschäftigten besteht kein Interesse an weniger Hilfsbedürftigen. Im Gegenteil: Immer neue Hilfsbedürftige müssen her, notfalls eben Asylanten. Leicht läßt sich nachvollziehen, welche Milliardenbeträge für die vielen Sozialarbeiter an Löhnen aufgebracht werden müssen und

was von all den Spenden und dem staatlichen Kapital für Hilfsprojekte dann wirklich noch übrig bleibt. Der Zuwachs der Kosten liegt jedes Jahr weit über dem Zuwachs der Steuereinnahmen. Damit droht die Überforderung und der Zusammenbruch des Sozialstaates. Die Leidtragenden sind dann die wirklich Hilfsbedürftigen. Deshalb fordern wir zur Reduzierung der Sozialausgaben eine verstärkte Rückführung des sozialen Engagements weg von freien Trägern zurück in die Hände des Staates. Das würde endlich auch mehr Transparenz für den steuerzahlenden Bürger mit sich bringen.

Die allen Integrationsbemühungen hohnsprechende Zementierung der Selbstghettoisierung der Einwanderer muß mit Nachdruck beendet werden. Das kann nur gelingen, wenn die Islamgläubigen die erstarrten Strukturen von innen aufbrechen. Wer sich nicht integriert, spaltet die Gesellschaft, siehe die Forderung nach eigenen Gebetsräumen in Schulen, nach eigenen Feiertagen, nach eigenen Schwimmtagen in Badeanstalten. Und siehe auch die nicht seltene Verweigerung, in der Familie Deutsch zu sprechen. Die FBU fordert die Rückführung der Millionen unqualifizierten Einwanderer, um die von der Weltbankpräsidentin *Lagarde* bereits geforderte Teilenteignung des deutschen Dumm-Michel zu vermeiden! Ich arbeite gerne, auch hart, für mich und meine Familie, nicht aber für alle Gescheiterten und alle nichtdeutschen Flüchtlinge in der Welt. Deshalb fordert die FBU die Übernahme des australischen Einwanderungsrechts!

Die „Einwanderer“ machen sich Deutschland zur Beute. Wir Bürger wollen für diese Politik keine Steuern mehr zahlen! Wir wollen uns unsere Kultur nicht zerstören lassen. Wir wollen uns nicht das Recht nehmen lassen, uns in unserer Heimat zuhause fühlen zu können. Deshalb fordern wir ein unverzügliches Ende des Zuzuges integrationsunwilliger Einwanderer.

Derzeit wird Deutschland von Asylbewerbern aus dem Kosovo überflutet. Händeringend bitten kosovarische Politiker die Deutschen, ihre Landsleute unverzüglich zurückzuschicken, weil sich ihre Heimat entvölkert! Sie berichten auch von Asyl-Mißbrauch, nämlich daß ihre Landsleute seit Jahren im Winter nach Deutschland kämen, um sich als „Asylanten“ medizinisch durchchecken zu lassen, um sodann im Sommer mit **Abschiedsgeld aus Deutschland(!)** wieder „abgeschoben“ zu werden. **Der Präsident des Bayerischen Landkreistages, Christian Bernreiter, CSU:**

„Wir sind nicht das Sozialamt vom Balkan!“

„Die Welt ist aus den Fugen geraten“

so der Hamburger Sozialsenator Detlef Scheele Mitte September 2014. Hamburg wird der Lage nicht mehr Herr. Deshalb, so Scheele „werden wir alles nach Polizeirecht tun, wir müssen es tun. Es geht nicht anders.“ Derzeit fehlen in Hamburg 4.000 Plätze für „Zuwanderer“. Nach Hamburger Polizeirecht können zunächst z. B. Schulen, Kasernen, aber auch leerstehende Gewerbegebäude, Markthallen und auch von der Stadt angemietete Wohnungen mit Asylanten belegt werden.

In einem zweiten Schritt könnten aber auch private Immobilien herangezogen werden. In Italien ist man da schon weiter, sprich, wieder in der Steinzeit angekommen. Dort kann man seine Höhle, pardon, Wohnung, nicht einmal mehr zum Einkaufen verlassen. Dann wird gleich die ganze Wohnung geraubt, sprich illegal besetzt. Da holt man sein Kind von der Schule ab, kommt heim und nicht mehr rein, denn das Türschloß ist ausgetauscht. Und die Polizei ist machtlos, denn die Wohnungsräuber, rumänische Zigeuner und Schwarzafrikaner, drohen bei gewaltsamer Räumung der fremden Wohnung mit Selbstmord...

Ob auch wir unsere Höhlen bald wieder mit der Keule zurückholen müssen? Oder besser noch: Sollen doch die „Gutmenschen“, die uns laufend umerziehen wollen, mit gutem Beispiel vorangehen. Sollen doch die Politiker, die Wirtschaftsbosse, die Gewerkschaftsvertreter, die Pfarrer und Sozialarbeiter, sollen doch alle die, die *noch mehr* Einwanderung fordern, IHRE Luxus-Höhlen mit ihren geliebten Asylanten teilen und uns unsere Höhlen lassen!!!

Wie fast alle europäischen Verträge, so wurde auch das Schengener Abkommen gebrochen. Die Asylanten, die keiner haben will, werden einfach nach Deutschland weiterverschoben, obwohl sie im Erstaufnahmeland zu verbleiben hätten. Ex-Senator *Thilo Sarrazin*: „Ein funktionierendes nationales Grenzregime wurde in ein nicht funktionierendes europäisches Grenzregime eingetauscht. Asylbewerber und illegale Einwanderer reisen zu Hunderttausenden aus Griechenland und Italien weiter nach Norden.“ In 2013 sind laut dem „Internationalen Migrationsausblick“ der OECD 465.000 Menschen nach Deutschland eingewandert. Deutschland ist kein Einwanderungsland. Denn es ist bereits kultiviert und dicht besiedelt! Trotzdem hat es den höchsten Anstieg der Zuwanderung aller OECD-Staaten zu verzeichnen. Die Unfinanzierbarkeit unserer Soziallasten mit über 800.000.000.000,- Euro im Jahr (Nein, da ist leider keine Null zuviel!) rühren zu einem gewichtigen Teil daher, daß wir bereits jeden fünften Asylbewerber aller 34 OECD-Mitgliedsstaaten aufnehmen, **womit Deutschland zum weltweit größten Auffanglager geworden ist.**

Alte und Kinder werden weggehauen, Deutsche als Untermenschen behandelt!

Einst hatte Deutschland wie viele andere monokulturelle Staaten, wie Südkorea, Japan und andere, dank seines gesellschaftlichen Zusammenhalts großen Wohlstand erreicht. Nach dem Krieg hielten alle Deutschen als eine Schicksalsgemeinschaft zusammen und bauten ein bis auf die Grundfesten zerstörtes Land wieder auf. Niemand fragte, was kann mein Land für mich tun, sondern alle lebten in dem Geiste: „Was kann ich für mein Land tun?“ Nur so läßt sich Wohlstand für alle erreichen! Was ist passiert? Überspitzt gezeichnet:

Deutschland ist von einem wohlhabenden monokulturellen Land herabgesunken zu einem multikulturellen Sammelbecken von Ungebildeten und Straßenräubern, zu einem globalisierten Sammelbecken von „Zuerst komme ich“-Ausländern, die sich selbst ghettoisieren, nicht selten sogar das Erlernen der deutschen Sprache verweigern und sich in keiner Weise integrieren. Oder wie viele von unseren Millionen Einwanderern haben Sie als freiwillige Helfer bei einer der letzten großen Flutkatastrophen mit anpacken sehen?

Sie packen nicht nur nicht mit an, sie reklamieren Sonderrechte für sich und verdrängen mit Anfeindungen und gewalttätigen Übergriffen Helfer und hilfsbedürftige Deutsche, wie zum Beispiel bei der Tafel in Wattenscheid. Der Tafelbegründer und Leiter *Manfred Bassner* im April 2014:

„Seit Mitte letzten Jahres sind 300 unserer 430 ehrenamtlichen Mitarbeiter ausgeschieden. Sie wollten diese Respektlosigkeit nicht länger ertragen. Unsere Helfer werden aufs Übelste beleidigt und angepöbelt... Alte und Kinder werden weggehauen. Da herrscht eine Aggressivität und ein Anspruchsdenken, das mich zur Weißglut bringt...“

Kaum jemand wagt darüber zu sprechen. Aber wie in Wattenscheid sieht es in vielen Städten aus.

Heinz Becker im *SR 3* am 06.01.14 zu dem Thema *Flüchtlinge im Saarland*:

„Wir sind doch hier kein Auffanglager! – Wir haben doch schon genug von denen...“

Um die Schlepper-Kriminalität zu bekämpfen, fordert die FBU die Abschaffung der Geldleistungen für Asylbewerber und stattdessen die Gewährung von Sachleistungen. Wir fordern ein Ende der Ausländer-Propaganda und die Hinwendung zu den Menschen, denen vor lauter scheinheiliger Toleranz gegenüber Ausländern keine Stimme von den Medien gegeben wird und deren Hilferufe von den selbsternannten Gutmenschen absichtlich überhört werden!

Um auch Teilhabe an unseren Sozialkassen zu haben, hat sich rund um das Asylwesen eine Flüchtlings-Betreuungs-Industrie gebildet. In manchen Asylunterkünften kommen auf fünf Flüchtlinge ein Sozialarbeiter, sowie Psychologen, Sicherheitskräfte, zusätzlich Reinigungskräfte, u. s. w.

Warum können die eigentlich nicht - wie jeder anständige Mensch - ihre Unterkünfte selber sauber halten? Das alles müssen wir alle bezahlen. Was kostet uns diese Asyllobby, was kostet uns diese „Willkommenskultur“ der davon profitierenden „Grünen“ und „Linken“ eigentlich? In diesem Land mit seiner weltweit berühmten Verwaltung, in der über alles Buch geführt wird, dürfen wir Bürger als der höchste Souverän ausgerechnet *das* nicht erfahren...

Schon heute beziehen über 40 Prozent aller jungen Menschen in Berlin-Neukölln (mit 320.000 Einwohnern größer als Mannheim) Hartz IV, in der Stadtmitte sogar über Zwei Drittel. Wenn wir Deutschen eines nicht mehr fernen Tages als Minderheit im eigenen Land nichts mehr zu melden und zu fressen haben, wer soll dann die Millionen uneingeladenen „Gäste“ durchfüttern?

Unter den Obdachlosen ist es schon so weit. Für sie gab es im Winter zu wenige Unterkünfte und Aufwärmstuben, weil sie in Konkurrenz zu den illegalen Asylanten stehen. Der Leiter einer Notunterkunft: „Knapp 40 Prozent unserer Gäste sind Ausländer.“ Das sind Asylbetrüger, die bereits in einem anderen Land einen Antrag auf Asyl gestellt haben und dann illegal nach Deutschland gekommen sind.

Nach Auskunft des Bundesinnenministeriums halten sich in Deutschland über 600.000 Ausländer illegal auf. Sie verlassen Deutschland nicht, **obwohl ihre Aufenthaltserlaubnis abgelaufen** ist bzw. ihr Asylantrag abgelehnt wurde. Und wie hoch ist die Dunkelziffer? Warum schmeißen wir diese von Rechts wegen abgewiesenen Asylbetrüger nicht endlich aus *unserem* Land raus?

Statt Privatimmobilien für Einquartierungen quasi zu enteignen und die öffentliche Ordnung zu gefährden, fordert die Freie Bürger Union, alle Asylanten aus sicheren Ländern sofort und wenn nötig mit Gewalt zurückzuschicken. Denn wer unser Asylrecht lediglich mißbraucht, um Teilhabe an unseren Sozialkassen zu fordern, schränkt damit massiv die Möglichkeiten ein, den wirklich politisch Verfolgten zu helfen. **Asylbetrüger** gehören unmittelbar abgeschoben, wie es schon der Ex-Kanzler Helmut Schmidt von der SPD gefordert hatte!

Bei Einwanderern aus der EU fordert die FBU: Bei der Sozialhilfe ist innerhalb der EU das Herkunftsprinzip einzuführen. Das heißt, daß ein Einwanderer einen Antrag auf Sozialhilfe nur noch in seinem Herkunftsland stellen darf!

Kann es sich Deutschland leisten...

Kann sich Deutschland bei einem angeblich drohenden Fachkräftemangel den „Luxus“ millionenfacher Abtreibung und Kindstötungen leisten? Wie lange kann es sich Deutschland noch leisten, Millionen von Menschen als Hartz-IV-Empfänger verkümmern zu lassen und sich stattdessen Menschen aus fremden Kulturkreisen mit all ihren Problemen aufzuhalsen? Wir sollten endlich ernsthaft daran gehen, den vielen Unglücklichen in unserem Land wieder berufliche Perspektiven und damit Aussichten auf ein besseres Leben zu eröffnen!

Kann sich Deutschland den dauerhaften Aufenthalt von über 600.000 längst abgewiesenen Ausländern leisten, die hier auf unsere Kosten leben, während 300.000 Obdachlose kein Dach über dem Kopf haben und Millionen Menschen nicht mehr in der Lage sind, mit ihrem kargen Lebensunterhalt ihre Familien zu ernähren?

Kann es sich Deutschland leisten, wegen den nicht zu Deutschland gehörenden Moslems seine Kultur und seine Frauen beschimpfen zu lassen, auf Schulhöfen und Straßen Rassenhaß gegen Deutsche zu dulden, das Strafrecht und das Tierschutzgesetz zu verändern, Bäder- und Friedhofsverordnungen zu verändern, Weihnachtsmärkte, Nikolaus und Sankt Martin umzubenennen oder abzuschaffen? Muß es sich Deutschland leisten, Kinder nicht integrationswilliger Moslems vom Sport- und Schwimmunterricht zu befreien, Gebetsräume in Schulen einzurichten, Kreuze zu entfernen, Speisepläne in Kantinen, Schulmensen und Gefängnissen abzuändern und muß es sich über tausend Moscheen als Vorboten eines unfreien „Gottesstaates“ leisten? Soll Deutschland weiterhin die überbordende moslemische Gewalt erdulden, die angewandte Scharia, deren Schein-Richter, die unzähligen Parallelgesellschaften? Nein, wir Bürger wollen dafür nicht mehr bezahlen! Und wir wollen uns unsere Kultur nicht zerstören lassen. Und wir wollen uns nicht das Recht nehmen lassen, uns in unserer Heimat zuhause fühlen zu dürfen. Deshalb fordern wir ein unverzügliches Ende des Zuzuges integrationsunwilliger Einwanderer.

Der Deutsche in der Todesspirale

Mehr Einwanderer statt mehr Kinder nach dem Motto: Schickt uns mehr Asylanten, denn wir sind die Guten? Kann jemand „gut“ sein, der die vorgeburtliche Liquidierung unerwünschter Deutscher gutheißt? Werktätlich 1.000 abgetriebene Kinder, das sind circa 240.000 Tötungen im Jahr. Laut „pro-leben.de“ wurden von 1974 bis 2012 in Deutschland über fünf Millionen Kinder abgetrieben. Die Dunkelziffer dürfte noch weit höher sein. Dazu die Studie der Robert-Bosch-Stiftung im Jahr 2005: „Das sind die fehlenden Ingenieure, Facharbeiter, Spezialisten und die fehlenden Rentenbeitragszahler! Damit werden Kinder getötet, die dem Staat, also uns allen, über ihr ganzes Leben 77.000 Euro mehr einbringen, als sie die Gesellschaft kosten.“ Deutschland hat einen durch Tötungen im Mutterleib selbstverschuldeten Fachkräftemangel! Die dadurch fehlenden Fachkräfte will man anderen Ländern wegnehmen.

Kinder machen ein Land reich! Liebe Eltern, habt wieder Mut und Freude Kinder in die Welt zu setzen und fordert die dafür Euch gebührende Anerkennung und den dafür Euch gebührenden Rentenanteil von Staat und Bürgerschaft ein!

Einige unserer scheinheiligen Mitbürger suhlen sich in ihrem Gutmenschentum, weil sie täglich an das Wohlbefinden „unserer“ ausländischen Mitbürger denken, während unsere Kinder auf der Strecke bleiben. Habt Mut, Kinder in die Welt zu setzen, denn die Probleme unseres Volkes lassen sich nicht durch Einwanderung von Wirtschaftsflüchtlingen aus unterentwickelten Ländern lösen, sondern nur vergrößern. Laßt uns unsere Steuergeldern statt für die sogar oft nicht gewollte Integration und Ausbildung von Zuwanderern und deren Kindern effizienter und zum Wohle aller Bürger lieber für deutsche Familien und deren Kinder ausgeben. Eine einfachere Lösung vieler unserer demographisch bedingten Probleme gibt es nicht!

Der Starkolumnist der Berliner „B.Z.“, *Gunnar Schupelius*, meint dazu: „In unserem Land läuft etwas gewaltig schief. Kindern im Mutterleib wird das Recht auf Leben aberkannt. Mehr als hunderttausend Mal im Jahr. Und in den wenigsten Fällen ist der Schwangerschaftsabbruch mit einer existenziellen Notlage begründet.“

Stellen wir uns einmal vor, all' das Geld aus dem deutschen Steueraufkommen, das für die Duldung der abgewiesenen Asylanten aufgewendet wurde und wird, wäre in die Förderung junger Familien geflossen. Wir hätten in Deutschland einen Geburtensegen und bräuchten uns um die Zukunft unseres Volkes keine Sorgen zu machen. Allein von Januar bis Oktober 2014 standen 146.500 Ausreisepflichtigen lediglich 7.548 Abschiebungen gegenüber... Wir brauchen keine Plünderung unseres Sozialtats durch illegale und geduldete Fremde, wir brauchen kein Leben „in brüderlich geteilter Armut“, wir brauchen eine Bereicherung an eigenen Kindern als künftige Steuer- und Beitragszahler für unser Land und für ein Leben in Wohlstand.

Die Diskriminierung der Frau als Mutter: „Nüchtern betrachtet wird das Leben einer Frau dann als erfolgreich betrachtet, wenn sich ihr Lebenslauf dem des Mannes am meisten angeglichen hat. Zwar sprechen wir viel von der Vielfalt in unserer Gesellschaft, wenn es aber um das unterschiedliche Geschlecht von Mann und Frau geht, hört der Spaß auf ... Es ist eine Tragödie, daß man als Frau früher gegen die Männer ankämpfen mußte, um aus der traditionellen Rolle treten zu dürfen, und heute gegen Frauen ankämpfen muß, um in der gleichen Rolle bleiben zu dürfen.“ (Birgit Kelle, vierfache Mutter und Journalistin, im *Focus* vom 12.03.2012)

Armut in Deutschland

Von einer auf uns zurollenden **Lawine der Altersarmut** warnt der Paritätische Gesamtverband (*Pressemitteilung vom 20.08.2014*) und prognostiziert, daß sich bereits in zehn Jahren die derzeit noch moderate Altersarmutsquote vervierfachen werde. **Während 2,5 Millionen Kinder unter 18 Jahren in Armut leben (Deutscher Kinderschutzbund)** behauptet Angela Merkel, Deutschland sei ein reiches Land! Blanker Zynismus spricht aus diesen Worten. Zweifellos gibt es auch in Deutschland reiche Menschen. Aber unser Volk wird nicht von Millionären und Milliardären repräsentiert. Wenn jährlich 800.000 Haushalten der Strom abgeschaltet wird, weil die Menschen wegen der überstürzten Abschaltung der Kernkraftwerke ihre Energierechnung nicht mehr bezahlen können, wenn sich 1,5 Millionen Menschen bei den *Tafeln* ernähren müssen, weil sie nichts oder zu wenig verdienen, wenn circa 300.000 Menschen ohne Wohnung leben, weil statt Sozialwohnungen Asylantenheime gebaut werden, dann ist das **kein reiches Land!**

Ein Land, in dem 13 Millionen Menschen von Armut bedroht sind, ist **kein reiches Land!** Deutschland wird falsch regiert; wie sonst konnte es passieren, daß Deutschland das einzige Land in der Euro-Zone ist, in dem seit Einführung des Euro die Kaufkraft der Arbeitnehmer nicht gestiegen, sondern gesunken ist! Reich mögen die Konzerne und die Heuschreckenfonds sein, zu deren Nutzen die deutsche Regierung die Ausbeutung der Arbeitnehmer zuläßt. Arbeit und Brot? Von der Arbeit kann kaum noch ein Deutscher seine Familie ernähren. Mittlerweile gibt es in Europa Länder, in denen die Arbeitslosenunterstützung höher ist wie hierzulande der Arbeitslohn! „Die Familie ist die Keimzelle des Staates“ (Ex-CDU-Minister Lücke unter Kanzler Adenauer). Deshalb seien „aus besitzlosen Proletariern verantwortungsbewußte Staatsbürger“ zu machen. In diesem Sinne strebt die FBU das familiengerechte Eigenheim für alle Deutschen an, statt der Unterbringung in Massenunterkünften wie Mietskasernen. Deshalb fordert die FBU, es mit staatlichen Förderprogrammen jeder deutschen Familie zu ermöglichen, im eigenen Heim zu wohnen!

Hohe Kosten des Gesundheitswesens wegen Einwanderung

Die Einwanderer aus bettelarmen Ländern mit völlig desolaten Gesundheitssystemen schleppen in zunehmenden Maße gefährliche Krankheiten nach Deutschland ein wie Diphtherie, Keuchhusten, Masern, Kinderlähmung, das tödliche Marburg-Fieber, Ebola, das Lassa- und Dengue-Fieber sowie das Chikungunya-Fieber und natürlich Aids. So ist z. B. bei der Gesamtzahl aller Tuberkulose-Patienten die Durchseuchung der Einwanderer elfmal so hoch wie unter Deutschen. Die Ärzte-Zeitung warnt: „Einwanderung bleibt das Einfallstor für Tuberkulose schlechthin.“

Ebola, die patentierte Krankheit

Als Verschwörungstheoretiker wird abgetan, wer behauptet, Ebola sei ein Bio-Kampfstoff der USA. Lassen wir das dahingestellt. Fakt jedoch ist: Die amerikanische Gesundheits- und Seuchenschutzbehörde CDC besitzt ein Patent auf die „Erfindung“ von Ebola. Antragsteller des Patents ist neben anderen die Regierung der USA, vertreten durch den Minister für Gesundheitspflege und soziale Dienste, dem Center for Disease Control (CDC). Die CDC soll bereits seit 2010 ein Patent auf den Ebola-Stamm „EboBun“ haben. Unfaßbar, aber:

Die US-Regierung behauptet allen Ernstes(!), das Virus erfunden(!!!) zu haben.

Auch die Schweine-Grippe war keine Epidemie gewesen, sondern eine von der Pharma-Industrie propagierte Krankheit in Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsbehörde WHO. Alleine in Deutschland flossen über eine Milliarde Euro für die erfundene „grausame Seuche“ in die Taschen der Pharma-Industrie und „ihrer“ Politiker. Dazu *Wolfgang Wodarg*, Vorstandsmitglied von *Transparency Deutschland*: „Jederzeit kann eine neue Pandemie beschlossen werden, von genau dieser international agierenden ‚Elite‘“ (PAZ vom 01.11.2014).

Die Patentierung von Krankheiten läßt für die Zukunft Schlimmes befürchten. Feige und bestechliche Politiker gehen über Leichen, oder haben Sie von unseren Politikern oder unserem Gesundheitsministerium auch nur ein Wort der Kritik gegen die Patentierung von Krankheiten gehört?

Aus der Arbeit der FBU – LV Saar

Termine, hier unsere Bürger-Treffen (für Mitglieder, Freunde und Gäste)

- Kreisverband Völklingen: der **1. Montag im Monat** außer feiertags, 19 Uhr in **Rosis Bistro** (Tel. 06898-81548), Haldenweg 26, 66333 VK. Kontakt: E. Kirsch, Tel. 0175-8176847.
- Kreisverband Saarlouis: **jeder 1. Di. im Monat** außer feiertags, 19 Uhr im **Stormwind**, (Tel. 06831-5121), Saarlouiser Str. 4 in Ensdorf mit Herrn R. Rupp, Tel. 06831-3554.

„Obwohl ich ja schon eingangs zu Wort kam, lassen Sie mich bitte noch allen Freunden ganz herzlich danken, die mit uns am 1. Mai auf dem Autokorso in Völklingen dabei waren und die von FBU und Chribifoda Völklingen (Christen bitten für den Fortbestand des Abendlandes) jeden Montag auf der Straße für den Erhalt unserer Heimat und unserer deutschen Kultur werben. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit, indem Sie unsere zwanzigseitige Denkschrift bzw. Märchen „**Vom Auszug der Ausländer**“ für drei Euro (für Druck und Porto) anfordern. Bitte überweisen Sie die drei Euro unter Angabe Ihres Namens und dem Stichwort „Märchen“ in der Spalte Verwendungszweck auf das Konto DE36 5905 0101 0029 0126 55 der Freien Bürger Union (FBU) bei der Sparkasse Saarbrücken. Für jeden Euro, den Sie mehr anweisen, können wir weitere Mitbürger über die Zustände in unserem Land aufklären. Darum bittet Sie ganz herzlich Ihr Reinhold Rupp.“

- Teilmöbliertes **Einfamilienhaus**, freistehend mit Vorgarten, Balkon, Carport, Wohnfl. 79 m² incl. Einbauküche, Ölheizung, renoviert, romantische Lage bei Hermeskeil, sofort zu beziehen, nur für Mitglieder der FBU für 42.900,- € , für Nichtmitglieder: 44.000,- € , Tel. 06835-1595.

Selbstmord auf Umwegen

Ein Pfälzer hat seine heimische Feuerstelle verlassen. Erfüllt von Selbstmordgedanken treibt es ihn schweren Herzens zu einer Klippe an der Mosel. Auf der Klippe steht ein Baum. Am Fuße des Baumes sortiert der Pfälzer seine Selbstmordutensilien, als da sind:

Eine Packung Schlaftabletten, ein weiches Seil zum Aufhängen mit vorbereiteter Schlinge sowie eine geladene und entscherte Pistole. Als nächstes klettert er auf den untersten Ast des Baumes, befestigt das Seil am Ast darüber und schluckt die Packung Schlaftabletten. Dann legt sich die Schlinge um den Hals, nimmt die Pistole in die Hand und springt. Während er so über der Klippe im Winde baumelt, richtet er die Pistole auf sich und drückt ab. Bedauerlicherweise hat er aber keine besonders ruhige Hand. So geht der Schuß daneben, wie schon so viel in seinem Leben. Durch einen bösen Zufall trifft er das Seil. Vom Baume getrennt, geht es mit unserem Pfälzer nun herab. Tief taucht er ins kalte Wasser der Mosel. Kaum an der Wasseroberfläche, muß er sich vor lauter Aufregung erbrechen. Zu allem, was er verloren, gesellen sich nun auch noch die Schlaftabletten. Zu seinem Pech wird er bald von einem Matrosen aus dem Wasser gezogen und schnell ins Krankenhaus eingeliefert. Und nach einigen Maßnahmen gegen die lebensgefährliche Gefahr der Unterkühlung wird er kurz darauf wieder auf die Menschheit losgelassen.

Das beweist einmal mehr, daß selbst bei genauester Vorbereitung und Planung niemand Entscheidungen über Leben und Tod einem Pfälzer anvertrauen sollte. Obwohl, genau betrachtet, ging die Geschichte ja noch weiter:

Erst wenige Tage daheim, ging bei dem Pfälzer ein Einschreiben ein. Er öffnet den Brief, oh Schreck, oh Graus, die Rechnung von dem Krankenhaus. Ein teurer Brief, das Gesicht wird schief, das Herz setzt aus, nun ist es aus.

Und die Moral von der Geschicht': Und bist du auch aus der Pfalz, gräme dich deshalb nicht und laß' den Kopf auf dem Hals.

A.E.

Diese Geschichte geht auf eine wahre Begebenheit zurück: Ein Brite versuchte tatsächlich, auf diese Art Selbstmord zu begehen. Nachdem er nach dem Fehlschuß unterhalb der Klippe ins Meer eintauchte und Salzwasser schluckte, mußte er die Schlaftabletten erbrechen. Er konnte sich noch ans Ufer retten, starb aber schließlich an Unterkühlung.

Rentner in Europa

Was tut ein englischer Rentner? Er steht um 9 Uhr auf, trinkt ein Glas Scotch und geht zum Golfspielen. Und was tut ein französischer Rentner? Er steht um 10 Uhr auf, trinkt ein Glas Bordeaux und geht zu seiner Freundin. Und ein deutscher Rentner? Er steht um 7 Uhr auf, nimmt seine Herztabletten und geht zur Arbeit! (Gelesen in: *Das Bullauge* 1/2015, Schiffmodellbau Pirmasens)

Böse Deutsche?

Prinz Friedrich Karl von Preußen, der Oberkommandierende der 2. Armee, erließ am 6. August 1870 im französisch-deutschen Krieg folgenden Heeresbefehl: „Soldaten der 2. Armee, ihr betretet französischen Boden. Das französische Volk ist nicht gefragt worden, ob es mit seinen deutschen Nachbarn einen blutigen Krieg führen wolle. Ein Grund zur Feindschaft ist nicht vorhanden. Seid dessen eingedenk den friedlichen Bewohnern Frankreichs gegenüber, zeigt ihnen, daß in unserem Jahrhundert zwei Kulturvölker selbst im Kriege miteinander die Gebote der Menschlichkeit nicht vergessen. Denkt stets daran, wie eure Eltern es in der Heimat empfinden würden, wenn ein Feind, was Gott verhüte, unsere Provinz überschwemmte. Zeigt den Franzosen, daß das deutsche Volk nicht nur groß und tapfer, sondern auch gesittet und edelmütig dem Feinde gegenüber ist.“

Unterschrift: Friedrich Karl Prinz von Preußen.

Solcher Worte ist nur ein wahres Kulturvolk fähig. Wann jemals zuvor und danach hat man solche Worte in einem Heeresbefehl vernommen?

Während man sich in Deutschland in der Rolle des Nestbeschmutzers so richtig wohl fühlt wie ein Schwein in der Suhle, haben Historiker weltweit das Schwein aufgeschreckt mit der Klarstellung, daß Deutschland am Ersten Weltkrieg keineswegs die Alleinschuld trägt. Und bezüglich des Zweiten Weltkrieges wurden die deutschen „Ewiggestrigen“ von britischen Historikern darin bestätigt, daß Adolf Hitler alles unternahm, um 1941 mit Großbritannien Frieden zu schließen. Doch der britische Premierminister Winston Churchill wollte Krieg, um die deutsche Wirtschaft zu vernichten: Er bezeichnete den Ersten und den Zweiten Weltkrieg als den *Dreißigjährigen Krieg*.

Als Hitlers Unterhändler Rudolf Heß 1987 aus dem Gefängnis entlassen werden sollte, wurde er von der britischen Regierung ermordet, damit er über den Zweck seiner Friedensmission nicht in Freiheit reden kann, so die englische Tageszeitung „The Independent“ am 06.09.2013. Offenbar fürchtet man in England nichts mehr als eine Revision des durch ständige Propaganda aufgebauten „bösen“ deutschen Geschichtsbildes, das aller Welt so viel Geld einbringt.

Graf von Galen, Bischof von Münster, am 5. Juni 1945:

„Wir wollen auch innig danken unseren christlichen Soldaten, jenen, die in gutem Glauben, das Rechte zu tun, ihr Leben eingesetzt haben für Volk und Vaterland und auch im Kriegsgetümmel Herz und Hand rein bewahrt haben von Haß, Plünderung und ungerechter Gewalttat. Gott der Herr, der Herzen und Nieren durchforscht, richtet nicht nach dem äußeren Erfolg, sondern nach der inneren Gesinnung und Gewissenhaftigkeit und wird das Gute belohnen, das Böse strafen nach Verdienst.“

Am 22. März 1946 starb der Kardinal Clemens August Graf Galen. Er wurde im Hohen Dom zu Münster beigesetzt. Nur wenige Tage vorher, am 16. März 1946 wurde seine letzte öffentliche Rede vom Westdeutschen Rundfunk übertragen:

„Trotz der heldenmütigen Tapferkeit unserer Soldaten“ sei „unser deutsches Vaterland“ zusammengebrochen. „Trotzdem steht das, was unsere Soldaten in treuer Pflichterfüllung getan haben, immer und wird für alle Zeiten vor uns stehen, als ein Heldentum, als eine Treue und Gewissenhaftigkeit, die wir rühmen, die wir anerkennen. Das möchte ich vor allem den Soldaten sagen, die hier sind, und denen sagen, die noch nicht hier bei uns sind“ (den Kriegsgefangenen).

Totengedenken, Tag der Trauer, Tag der Kapitulation, 8. Mai

Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit: Deshalb weiß die Welt alles, was die Deutschen getan haben, - **doch die Welt weiß nichts von dem, was den Deutschen angetan wurde!**

In das Gedächtnis unseres Volkes geschrieben sind die Verluste des deutschen Volkes während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Es starben:

3.250.000 deutsche Soldaten, 1.000.000 Frauen, Kinder und Greise als Opfer des von den Briten begonnenen völkerrechtswidrigen Bombenterrors, 3.000.000 Frauen, Kinder und Greise bei der Vertreibung aus der Heimat nach 1945, 500.000 Ermordete beim Einmarsch der Sowjets in Ost- und Mitteldeutschland, 60.000 Ermordete beim Einmarsch in Österreich, 120.000 Deutsche sind in sowjetischen KZ-Lagern zu Tode gekommen, 3.242.000 deutsche Soldaten in alliierter Gefangenschaft, davon:

2.000.000 in sowjetischen Lagern, 1.000.000 in amerikanischen Lagern, 120.000 in französischen Lagern, 100.000 in jugoslawischen Lagern, 22.000 in Polen und CSSR.

Es starben insgesamt über 11 Millionen Deutsche, davon 7 Millionen Deutsche NACH der Beendigung des Krieges. Sie starben für ihre Lieben, sie starben für ihr Land und sie starben für die Freiheit Europas, kamen sie doch dem Einfall der Sowjetunion in Europa nur wenige Wochen zuvor.

Hurra, die ausländischen „Fachkräfte“ sind da!

Nein, nicht die, die wir so dringend brauchen, um unsere eigenen Fachkräfte zu ersetzen, die wegen Überbürokratisierung, hoher Sozialabgaben und ausufernder Steuern Deutschland verlassen. Trotz dem für 2014 im Grunde unfinanzierbaren Anstieg auf über 200.000 Asylbewerber, die sich eher vor deutschen Arbeitsnormen als deutschem Rassismus fürchten, bleiben die Fachkräfte fern. Kein Wunder, denn gerade die müßten von ihren Verdiensten die erdrückende Steuerlast für das deutsche „Luxussozialamt samt Krankenkassen für jedermann“ tragen.

Dafür aber werden unsere Wohnungen ungefragt von anderen „Fachkräften“ besucht. Nicht nur **durchs Saarland rollt eine Welle von Wohnungseinbrüchen osteuropäischer Banden**. Fachkräfte rauben Lastkraftwagen auf deutschen Autobahnen sogar während der Fahrt aus, auf den Rastplätzen wird Diesel gestohlen. Die Gewalt auf deutschen Straßen nimmt wieder zu.

Von anderen Fachkräften kaum eine Spur! 50 % der Migranten haben keinen Abschluß, der sie für einen Beruf qualifiziert. Und: Personen mit Migrationshintergrund sind doppelt so häufig arbeitslos wie Personen ohne Migrationshintergrund.

Und die wenigen wirklichen Fachkräfte? Sie verdrängen die weniger qualifizierten Deutschen von ihrem eigenen Arbeitsmarkt. Es gibt keinen Fachkräftemangel. Es gibt nur unterbezahlte Fachkräfte! Und mangelnder Qualifikation wäre durch Aus- und Fortbildung abzuhelpen.

Stattdessen knickt die deutsche Regierung vor dieser sozialen und gesamtgesellschaftlichen Aufgabe ein und versucht, den ärmeren Ländern gut ausgebildete Arbeitskräfte wegzunehmen.

Doch zurück zur aktuellen Einwanderungswelle: Von den Bulgaren und Rumänen, die seit 2007 eingewandert sind, hat fast jeder Zweite keine abgeschlossene Berufsausbildung. 44 Prozent der Roma haben keinen Schulabschluß, und 19 Prozent der bulgarischen Roma sind sogar Analphabeten!!! **Wer angesichts der Schwemme in das deutsche Sozialsystem von Fachkräften faselt, macht sich lächerlich.**

Auch bei den verbleibenden Arbeitskräften kann nur selten von „Fachkräften“ gesprochen werden. Sie drücken, nicht nur als Scheinselbständige, die Löhne im Niedriglohnbereich ins Bodenlose. Als Folge können ungelernete Deutsche fast gar nicht mehr vermittelt werden und müßten Hungers sterben, wenn nicht alle noch einigermaßen in Lohn und Brot stehenden Deutschen hohe Abgaben zahlen würden. Darüberhinaus treiben wir durch die Aufnahme aller „Flüchtlinge“ in unser soziales Netz den Staat und unsere Städte und Gemeinden in den Ruin.

In unserem Land leben fast hundert Prozent der Kosovo-Albaner von Hartz IV. Ist das die sprichwörtliche „Bereicherung“, von der uns Gauck, die Kanzlerin und unsere Staatsmedien Tag und Nacht das Hirn weichreden? Dieser selbstmörderische Import von Menschen, die nur die Hand aufhalten, zwingt alle Bürger zu immer höheren Steuerzahlungen und Sozialabgaben, weshalb schon jährlich über 170.000 gut ausgebildete *deutsche* Fachkräfte unser Land *verlassen*, weil sie in diesem Land voller Leistungsempfänger, die sie ernähren und denen sie ein Dach über dem Kopf bezahlen sollen, keine Zukunft mehr sehen.

Deshalb fordert die FBU genauso wie Hans-Werner Sinn vom Münchener Ifo-Institut:

„Wer Sozialleistungen in seinem Heimatland in Anspruch nehmen kann, kann nicht in einem anderen Land die Hand aufhalten – aber er darf die Leistungen seines Heimatlandes konsumieren, wo er will.“ Wem die Sozialleistungen seines Heimatlandes nicht genügen, um seinen Lebensunterhalt woanders zu bestreiten, der sollte sich überlegen, besser daheim zu bleiben und das eigene Land aufzubauen, so wie es die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg vorlebten.

Wir sind nicht politisch korrekt? Nein, sind wir nicht! Denn wer politisch korrekt ist, begeht nicht nur Selbstmord, er ist auch mitschuldig am Elend seiner Mitbürger. Sage später keiner, er habe von nichts gewußt!

Dem eher moderaten Berthold Köhler ist in der *Frankfurter Allgemeinen* (online) vom 5. Dez. 2013 der Kragen geplatzt: „...Merkel will einfach nur Macht, sonst nix. Sie hat keinen Plan, aber diesen mit aller Entschlossenheit. Euro-Krise? Geld drucken. Steuergelder in die Banken pumpen. Augen zu und durch. Einwanderung? Ohne Sinn und Verstand! Statt verantwortlicher Anwerbung von Fachkräften werden archaische Clans und blutrünstige Barbaren vom Balkan und dem Orient ins Land geholt. Für diese gibt es dann staatliche Wohlfühlprogramme, Streicheleinheiten für den frömmelnden Islam und doppelte Staatsbürgerschaften für nationalistische Türken.“

„Man muß das mal sagen, selbst wenn es manche nicht gerne hören: Beim organisierten Auto-diebstahl sind Polen nun mal besonders aktiv, das Geschäft mit der Prostitution wird dominiert von der Russenmafia, Drogenkriminelle kommen besonders häufig aus Südosteuropa und Schwarzafrika.“ Und: „Wir dürfen nicht mehr so zaghaft sein bei ertappten ausländischen Straftätern:

Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins: raus und zwar schnell!“

So sprach – und tat nichts - der spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder, Quelle: AP, 19.07.97.

Sie haben die „Arbeit“ aufgenommen, die ausländischen „Fachkräfte“

Die Zahl der Wohnungseinbrüche stieg 2013 um 4,6 Prozent auf etwa 150.000 im Jahr, d. h., alle 3,5 Minuten wird in Deutschland eingebrochen. Neben immer mehr türkischen Tatverdächtigen machen Experten vor allem ausländische Banden verantwortlich, vor allem Sinti- und Roma-Clans. *Bodo Pfalzgraf*, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft: „An vorderster Stelle haben wir in diesem Bereich Täter aus Litauen, Bulgarien, Rumänien und Polen.“ Nur noch jeder siebte Einbruch wird aufgeklärt.

Mit der Aufgabe der Kontrolle über die Grenzen (Schengener Abkommen) öffnete Deutschland alle Stadttore für unkontrollierte Massenzuwanderung und grenzüberschreitende Kriminalität.

Die Pforzheimer Zeitung schrieb am 15. April 2014 einen offenen Brief an den Innenminister von Baden Württemberg, Reinhold Gall. Die Antwort des Ministers bestand in sieben Seiten voller politischem Geschwafel. Nachfolgend der einleitende Text der Pforzheimer Zeitung:

„Sehr geehrter Herr Minister, in Pforzheim und dem Enzkreis herrscht große Verunsicherung. Grund dafür ist die nicht endend wollende Einbruchsserie in unserer Region. Die Menschen haben Angst, ihr Hab und Gut zu verlieren. Die Menschen haben Angst, ihre Wohnung zu verlassen. Die Menschen haben Angst, auf offener Straße Opfer von Diebesbanden zu werden. Die Reaktionen auf die Berichterstattung in der *Pforzheimer Zeitung* in Sachen Einbruchsserie haben diese besorgniserregende Gemütslage zutage befördert... Es vergeht kaum ein Tag, an dem die *Pforzheimer Zeitung* nicht über mehrere Einbruchsdelikte berichten muß. Ihre eigene Kriminalstatistik belegt eine Zunahme von Einbrüchen landesweit um 32 Prozent, im Bereich des Polizeipräsidiums Karlsruhe um 65,5 Prozent, im Enzkreis um 42,5 Prozent und in Pforzheim um 88 Prozent.

Gleichwohl wissen wir, daß es noch eine große Dunkelziffer gibt, weil das Karlsruher Polizeipräsidium nicht alle Einbrüche und Diebstähle in den Polizeiberichten vermeldet. Dagegen steht, bei allem vorbildlichem Einsatz der Polizeibeamten, eine denkbar geringe Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen: 6,5 Prozent (Landesschnitt: 10,4 Prozent). Hinzu kommt: Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger im Bereich des Polizeipräsidiums Karlsruhe stieg im vergangenen Jahr um 22,6 Prozent auf 9.800 Personen und nahm mit 35,6 Prozent an allen Tatverdächtigen „ein Ausmaß an, das bei allen Besonderheiten im Deliktsfeld der Kriminalität durch Nichtdeutsche erheblichen Anlaß zum Nachdenken gibt“, so der Kripo-Chef des Polizeipräsidiums Karlsruhe, Karl-Heinz Ruff. Diese Tatsache beschäftigt unsere Leser ebenso in hohem Maße, da sie zunehmend den Eindruck bekommen, daß die Osterweiterung der Europäischen Union zu Lasten der Sicherheit in unserem Land geht. Insofern haben immer mehr Menschen das Gefühl, daß die Politik bei der Bekämpfung der Kriminalität versagt und die Ängste und Sorgen der Bürger ignoriert. 77 Prozent unserer Leser, das ergab eine Umfrage auf unserem Internetportal PZ-news, trauen den staatlichen Institutionen aktuell nicht zu, die Situation in den Griff zu bekommen. Das Unsicherheitsgefühl der Bürger geht sogar so weit, daß sie sich zu Bürgerwehren zusammenschließen.

Insgesamt ist auch festzustellen, daß die von der Landesregierung im Zusammenhang mit der Polizeireform propagierte verstärkte Präsenz der Polizei auf der Straße nicht eingetreten ist bzw. zu keiner Verbesserung der Sicherheitslage geführt hat...“ Antwort vom Minister: nichtssagend!

Auch die Freiburger Altstadt ist nicht mehr begehbar, vor allem nachts wird man zum Opfer minderjähriger Jugendbanden, die Passanten auf offener Straße zusammenschlagen, zusammentreten und berauben. Die Polizei ist hilflos, weil man diese minderjährigen Verbrecher nicht in Gewahrsam nehmen und aburteilen kann. Dabei wäre das Problem so einfach zu lösen:

Diese Räuber und Gewalttäter sind nämlich minderjährige **afrikanische** Flüchtlinge ohne Anhang. Da sie aus Italien eingereist sind, könnte man sie gemäß den EU-Vorgaben in das Ersteinreiseland Italien zurückschicken. Zumal das große Italien noch Millionen Flüchtlinge aufnehmen kann, bis es endlich mit Deutschland „gleichzieht“.

Auch Dieter Romann, der Präsident der Bundespolizei, greift die Bundesregierung wegen der stark angestiegenen Illegalen Einwanderung scharf an: 2013 habe die Bundesrepublik mehr Asylbewerber als jedes andere Land der Welt aufgenommen, dabei doppelt so viele wie die riesigen USA. Ein Großteil von ihnen komme aus Italien...

Wo es Probleme bei der Abschiebung gibt, könnte man mit Hilfe der eingesetzten Dolmetscher das Herkunftsland ausfindig machen und die Kids bei der Botschaft ihres Landes abgeben, die ihre Bürger sicher gerne zurücknehmen wird, falls andernfalls der Wegfall der Entwicklungshilfe droht. Zudem sind die jungen Verbrecher, die das deutsche Gastrecht so übel mißbrauchen, aufgrund ihres Alters keine politisch Verfolgten und können somit ohnehin kein vorläufiges Bleiberecht in Deutschland beanspruchen. Nicht zuletzt kann angenommen werden, daß sie von Zuhause abgehauen sind, weil sie bereits in ihrem Heimatland Verbrechen begangen haben.

Zum Schutz von uns Bürgern sind diese Illegalen sofort abzuschieben, haben wir doch wahrlich schon genug Ärger am Hals mit den erwachsenen Einwanderern und mit unseren roten und braunen Faschisten.

Doch stattdessen öffnen wir die Grenzen immer weiter und lassen es zu, daß Deutschland von „uneingeladenen“ osteuropäischen „Fachkräften“, von Verbrechern und Banden heimgesucht wird. Das Problem verstärkt sich noch durch das gegen das europäische Recht verstoßende „Durchreichen“ von afrikanischen Armutsflüchtlings aus den europäischen Südstaaten nach Deutschland. Seit dem vierten Quartal 2013 stammt schon jeder zweite Asylsuchende aus einem europäischen Land, das als Erstaufnahmeland laut EU-Recht selbst für die Bearbeitung des Asylgesuchs verpflichtet gewesen wäre.

Warum lassen wir überhaupt jedermann in *unser* Land? In Australien muß man es sich erst verdienen, Asylant sein zu dürfen! Um sich in die Gesellschaft zu integrieren, muß jeder Einwanderer erst einmal zur Bewährung *fünf Jahre(!)* in der Landwirtschaft oder im Bergbau arbeiten. Was ist eigentlich daran auszusetzen? Die deutschen Flüchtlinge aus dem von Polen geraubten Ost-Deutschland mußten nach dem Krieg das verbliebene West- und Mittel-Deutschland auch erst wieder aufbauen. Warum eigentlich kann man Einwanderern in Deutschland nicht zumuten, zusammen mit den Deutschen ihre neue Heimat mit ihrer Hände Arbeit aufzubauen? Was ist daran so verachtenswert, daß man Aufbauarbeit deutschen Flüchtlingen, nicht aber Einwanderern zumuten kann? Es ist nicht zuviel verlangt, daß Einwanderer hierzulande ihren Integrationswillen wie in Australien unter Beweis stellen!

Die Nazis sind wieder da! Die gegen Pegida gerichteten „Demonstrationen“ werden immer gewalttätiger. Die Linksextremisten hebeln die demokratischen Bürgerrechte aus, indem sie wie in Leipzig oder Rostock immer häufiger Bürger angreifen, verletzen und in Ermangelung von Argumenten mit schweren Ausschreitungen ihre menschenverachtende Ideologie der Intoleranz und Unfreiheit ihren Mitbürgern aufzwingen wollen. Parteien, Kirchen und Gewerkschaften verweigern das Gespräch mit den Bürgern, tolerieren aber Gewalt gegen Andersdenkende. Es stünde ihnen besser an, sich nachdrücklich von Gewalt zu distanzieren und sich bei den Opfern ihrer „Gegendemonstrationen“ zu entschuldigen. Die Kinder solcher Eltern können einem nur leidtun!

Der politische Witz

Hört Genossen!

Eure Stimmen sind die Sprossen zu der Leiter des Gehalts
für die oberen Genossen, Eure Euros sind das Schmalz.

Und an ihre Pensionen denken sie den ganzen Tag,
sorgen still mit Millionen für ihr Leben ohne Plag.

Treu greift ihr in Eure Hosen, füttert den Parteimoloch,
unersättlich, Eure Großen, und Ihr wählt sie immer noch?

Mitgliederwerbung - Bitte vergessen Sie nicht die Mitgliederwerbung. Jedes Mitglied sollte ständig bemüht sein, neue Mitglieder für die *Freie Bürger Union* zu werben. Denn nur eine starke FBU kann Deutschland wirksam helfen. FBU – Die Soziale Kraft, die Ordnung schafft!

Ein-Gramm-Goldbarren für arme FBU-Mitglieder jetzt für 42,- € das Stück, Barzahlung möglich auf den Bürgerstammtischen. Dort wird auch informiert über Nebenverdienste und über eine sichere Geldanlage mit jährlich 5 % Zinsen, Termine der Bürgertreffen/Bürgerstammtische siehe Seite 8.

Impressum, Herausgeber: Freie Bürger Union (FBU), Landesverband Saar.

Heimseite, auch Bundesangelegenheiten: www.saar-fbu.de, Mailkasten: kontakt@saar-fbu.de

V.i.S.d.P.: Reinhold Rupp, Chefredakteur, Großstr. 3, 66740 Saarlouis, Telefon: 06831-3554

Anschrift: FBU LV Saar, Postfach 1499, PLZ 66714 Saarlouis

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben im Jahr, quartalsmäßig, **Auflage:** 500

Bezugspreis: Im Mitgliedsbeitrag enthalten, sonst freiwillige Spenden.

Redaktionsschluß für die *Stimme der Freiheit* 3/15 ist der 10.08.2015, **Bankverbindung:**

Sparkasse Saarbrücken, **IBAN:** DE36 5905 0101 0029 0126 55, **BIC:** SAKSDE55

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE58ZZZ00001217730

Der Staatssekretär vom Zeit-Geist-Ministerium warnt: Diese Zeitung gefährdet Ihre politische Korrektheit!